



Frau Ministerin Sylvia Löhrmann
Ministerium für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Völklinger Str. 49
40221 Düsseldorf

Unterrichtsausfall

18.08.2015

Sehr geehrte Frau Ministerin,

wie Sie auch während des letzten Verbändegespräches am 29. Juni 2015 feststellen konnten, ist der Unterrichtsausfall für alle am Schulleben Beteiligten ein „brennendes“ Thema, das von der Landeselternschaft schon oft im Ministerium angesprochen wurde.

Was hilft die Optimierung von Organisationsstrukturen, Ausbildung der Lehrer, Konzepten, Kontrollen oder Zielformulierungen, wenn die Zeit der Schüler an der Schule nicht zur Ausbildung genutzt wird?

Sie haben mit der Angabe von durchschnittlich 1,7 % Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen eine Zahl in die Öffentlichkeit gegeben, die bei dem überwiegenden Teil der Elternvertreter der Landeselternschaft helle Empörung hervorgerufen hat, da sie so gar nicht mit den konkreten Erfahrungen übereinstimmt.

Da viele Auseinandersetzungen und Missverständnisse bereits auf Unterschieden in der Definition des Begriffes beruhen, möchten wir Ihnen unser Verständnis von Unterrichtsausfall noch einmal darlegen, das offensichtlich nicht mit Ihrem übereinstimmt:

1. ad hoc oder temporärer Unterrichtsausfall, ersatzlos ausfallender Unterricht
2. sog. abgewendeter Unterrichtsausfall, d.h. Unterrichtsstunden, die nicht durch den vorgesehenen Fachlehrer, sondern fachfremd oder in anderer Form erteilt werden
3. struktureller Unterrichtsausfall, Unterrichtsstunden, die bereits bei der Planung von der Schulleitung gestrichen werden, obwohl sie in den offiziell aufgestellten Stundentafeln vorgesehen sind.
4. sonstige Maßnahmen wie z.B. Klassenzusammenlegungen

All diese Varianten haben zur Folge, dass unseren Kindern nicht die Ausbildungszeit zur Verfügung gestellt wird, die von offizieller Stelle für erforderlich gehalten wird, um die Bildungsziele zu erreichen. Eine bloßes „Verwahren“ unserer Kinder ist nicht ausreichend.

Sie hatten uns im Verbändegespräch erläutert, wie der von Ihnen genannte Prozentsatz zustande gekommen ist. Der Landesrechnungshof hat nun unsere Vermutung bzw. Befürchtung bestätigt, dass sich schon in der Planungsphase des Unterrichts nicht an die Regelstundenzahl gehalten wird, und die Zahlen damit bewusst geschönt werden.

Eine vertrauensvolle Gesprächsgrundlage basiert auf größtmöglicher Transparenz!

In Anbetracht der Tatsache, dass selbst Direktoren nach unserer Erfahrung sehr zurückhaltend auf direkte Fragen nach dem Prozentsatz der Unterrichtsausfälle an ihrer Schule reagieren, schließen wir, dass auch dort eine offene Kommunikation nicht möglich oder nicht gewollt ist.

Die Bundesregierung und die Landesregierungen haben der Bildung ihrer Bürger, insbesondere unserer Kinder, höchste Priorität eingeräumt.

Wir wissen, dass Krankheit, Babypause, Kindererziehungszeiten und verkürzte Referendardauern tiefe Einschnitte in die „Lehrerverfügbarkeit“ zur Folge haben und die Schulleitungen eine unglaubliche Organisationsleistung erbringen, um die Unterrichtsversorgung mit den zu geringen Ressourcen sicher zu stellen.

Suchen Sie bitte das offene Gespräch mit den Eltern, für deren Kinder Sie die Verantwortung übernommen haben. Wir wissen, dass es leider am Ende immer um Geld geht. Eine Diskussion über die richtige Allokation von Steuermitteln auf Grundlage verlässlicher Zahlen ist ein unverzichtbares Merkmal einer gelebten Demokratie.

Von den Schulleitern hören wir, dass für eine ausreichende Unterrichtsversorgung die Zahl der Lehrerstellen auf 105 % der derzeitigen Versorgung erhöht werden müsste. Das erscheint uns nachvollziehbar. In einigen Fächern, insbesondere den sogenannten MINT-Fächern, ist die Lehrerversorgung bekanntlich besonders kritisch.

Wir erkennen kein tragfähiges Konzept zur nachhaltigen und spürbaren Reduzierung des Unterrichtsausfalls. Auch wenn wir sehen, dass das Land mit der Einrichtung von Flüchtlingsklassen stark gefordert ist, müssen die Versäumnisse der Vergangenheit im Interesse unserer Kinder angegangen werden.

Unsere Eltern sind über dieses Thema bereits so verärgert, dass sie alle Mittel der Demokratie einzusetzen bereit sind, um an dieser Situation endlich etwas zu ändern.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Czygan
- Vorsitzender -